

Informationserteilung gem Art 13 DSGVO¹

(Für den Fall der Erhebung personenbezogener Daten bei der betroffenen Person selbst)

I. Grundangaben

1. Stammdaten des Verantwortlichen

Name: Mag. Marcus Hohenecker, Rechtsanwalt
Adresse: Kaiser Franz Josef-Straße 7, 2301 Groß-Enzersdorf
Tel.: +43 660 343 70 70
E-Mail: anwalt@hohenecker.at

2. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Zwecke der Verarbeitung

Wenn Ihre personenbezogenen Daten für die rechtsanwaltliche Vertretung, die Leistung rechtsanwaltlicher Dienste sowie die rechtliche Beratung im Umfang des jeweiligen Mandats, bei Ihnen erhoben und verarbeitet werden, geschieht dies je nach Umfang der Beauftragung zu folgenden Zwecken:

- Aktenlage (Datenerfassung, Kollisionsprüfung, Vollmacht, Stammdaten, GwG-Prüfung)
- Aktbearbeitung (Leistungen, Dokumente, Forderungen, Titel, Schriftsätze, Schriftverkehr, Telefonate, Termine)
- Korrespondenz mit Gerichten, Behörden und aktbeteiligten Personen im Postwege, per Telekommunikation, per elektronischer Post oder im Rahmen des Elektronischen Rechtsverkehrs (ERV)
- Korrespondenz mit kanzleiexternen Personen, sofern im Rahmen des Mandats erforderlich (Rechtsschutzversicherungen, Dienstleister etc.)
- Einsichtnahme in elektronisch geführte Gerichtsakten (Elektronische Akteneinsicht)
- Abfrage von Registern (GB, FB, ZMR, GISA, Insolvenzcheck, etc.)
- Verwaltung von Insolvenzen
- Elektronischen Einbringung von Eingaben im Firmenbuch- und im Grundbuchverfahren im Rahmen des Elektronischen Urkundenarchivs (Archivium)
- Tätigkeiten zur Abrechnung von Akten, Fakturierung, Zahlungsverkehr, Buchhaltung
- Systemadministration, EDV-Betreuung, Software-Support

Verarbeitete Datenkategorien

Je nach Inhalt des Mandatsverhältnisses und Umfang der Beauftragung können verschiedene Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet werden, somit auch besondere Kategorien personenbezogener Daten iSd Art 9 DSGVO (Daten über rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit sowie genetische Daten, biometrische Daten zur eindeutigen Identifizierung einer natürlichen Person, Gesundheitsdaten oder Daten zum Sexualleben oder der sexuellen Orientierung einer natürlichen Person) sowie Daten iSd Art 10 DSGVO (Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten).

¹ Verordnung 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung).

Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Die Verarbeitung dient vorrangig der Vertragserfüllung (Art 6 Abs 1 lit b DSGVO), allenfalls auch einem berechtigten Interesse (Art 6 Abs 1 lit f DSGVO) des Rechtsanwalts an der Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit. Sollte es sich um sensible Daten handeln, stellt das Interesse des Auftraggebers/Mandanten oder Anspruchsgegners an der Rechtsdurchsetzung und das Interesse des Rechtsanwalts an der Durchsetzung der Rechte seines Mandanten die Rechtsgrundlage der Verarbeitung zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dar (Art 9 Abs 2 lit f DSGVO). Näheres entnehmen Sie bitte dem „Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeit“. Bei Datenverarbeitung im Zusammenhang mit Straftaten, in Verfahrenshilfesachen oä ist die Wahrnehmung einer im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe die Rechtsgrundlage der Verarbeitung.

3. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten (inkl. Auftragsverarbeitung)

Je nach Umfang des Mandatsverhältnisses, können Ihre personenbezogenen Daten gegebenenfalls an folgende Kategorien von Empfängern weitergegeben werden:

- Aktbeteiligte Personen (Beklagte, VertragspartnerInnen, NebenintervenientInnen, PrivatanklägerInnen, gesetzliche VertreterInnen, RechtsanwältInnen, NotarInnen, Sachverständige)
- Österreichische Gerichte und Behörden
- ERV-Übermittlungsstellen
- Verrechnungsstellen
- Banken
- Versicherungsunternehmen
- Technische Dienstleister
- „IT-Support“ (Zugang zu Systemen und Daten nur unter Beisein von Kanzleipersonal gewährt)

II. Weitere allgemeine Pflichtangaben

1. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten (Lösch- und Aufbewahrungsfristen (Speicherbegrenzung))

Die Aufbewahrung erfolgt in Erfüllung der rechtsanwaltlichen Aufbewahrungspflichten gemäß § 12 RAO für die Dauer von fünf Jahren ab Abschluss der jeweiligen Causa und umfasst sämtliche Datenkategorien. Der Abschluss wird durch Vergabe eines Ablagedatums je Akt dokumentiert, wodurch ein systemisches Bereinigen (Löschen von alten Akten) möglich ist. Soweit es zur Erfüllung von abgabenrechtlichen Aufbewahrungspflichten erforderlich ist, erfolgt eine Aufbewahrung für die gesetzlich vorgeschriebene Dauer von in der Regel sieben Jahren ab Schluss des Kalenderjahres in dem das Wirtschaftsjahr endet (§ 132 Abs 1 BAO).

Soweit es zur Durchsetzung oder Abwehr konkreter Ansprüche erforderlich ist, werden die Daten eines Aktes und der involvierten Personen für die Dauer von 30 Jahren (lange Verjährungsfrist) ab Abschluss der jeweiligen Causa aufbewahrt.

Für nähere Informationen über die Aufbewahrung von Daten bei unseren Auftragsverarbeitern, lesen Sie bitte das „Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten“.

2. Betroffenenrechte

Ihnen als betroffene Person stehen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art 16 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art 17, 18 und 21 DSGVO).

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft der Verantwortliche, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Bei Beschwerden können Sie sich an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden:

Österreichische Datenschutzbehörde
Barichgasse 40-42
1030 Wien